

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Thomas de Jesus Fernandes, Fraktion der AfD

**Finanzmittel des Landes an gemeinnützige Hilfsorganisationen
in Mecklenburg-Vorpommern**

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, dass die Johanniter in Mecklenburg-Vorpommern aktuell durch unangemeldete Haustürmitgliederwerbung kurzfristig die Zahl ihrer Mitglieder erhöhen wollen, um ihrer Argumentation zufolge dadurch möglichst höhere Fördergelder des Landes zu erhalten?
Wenn ja, wie bewertet die Landesregierung dies?

Über den in Frage 1 beschriebenen Vorgang hat die Landesregierung keine Kenntnis.

2. Was unternimmt die Landesregierung vor dem Hintergrund der Energiepreiserhöhung und der übrigen Kostenexplosionen auch bei gemeinnützigen Hilfsorganisationen, um hier finanzielle Abhilfe zu schaffen?

Am 22. August 2022 fand auf Einladung der Landesregierung ein Energiegipfel in Rostock unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Landkreise und kreisfreien Städte, der Städte und Gemeinden sowie der kommunalen Spitzenverbände, der Handwerks- sowie der Industrie- und Handelskammern, der Vereinigung der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften, der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, des Tourismusverbands, des Bauernverbands und der Energiewirtschaft sowie weiterer Akteure statt.

Die Teilnehmenden am Energiegipfel haben – wie zahlreiche andere Akteure im Land – eine Vielzahl von Vorschlägen zur Begegnung der aktuellen Problemlage erarbeitet. Sie werden diese in ihren jeweiligen Bereichen publik machen und für die Umsetzung werben.

Um den anhaltenden Anstieg der Energiepreise abzufedern und Notlagen bei Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und anderen Einrichtungen zu verhindern, sind vielseitige Unterstützungen von Bund und Ländern notwendig. Dazu wird eine Task Force – bestehend aus der Landesregierung, den Wirtschaftskammern und den Sozialpartnern – konkrete Vorschläge auf Landesebene weiterentwickeln.

Nachrangig beziehungsweise ergänzend zu den notwendigen Maßnahmen des Bundes sollen in besonderen Härtefallsituationen, die nicht vom Bund abgedeckt werden, Hilfen durch das Land gewährt werden. Die Landesregierung wird dafür einen Härtefallfonds in Höhe von 30 Millionen Euro auflegen.